

Das weltpolitische Geschehen

Man könnte das Jahr 1972 als ein Jahr des Durchbruches bezeichnen, wenn das Wissen um die grossen machtpolitischen Gegensätze und die beharrliche Art, mit der diese auch in wechselnder Szenerie ausgetragen werden, nicht davor warnen würden, die Hoffnungen allzu hoch zu setzen.

Das bedeutendste Ereignis war wohl der Wandel, der im Verhältnis der Supermächte, der USA einerseits und der Chinesischen Volksrepublik und der Sowjetunion andererseits, eingetreten ist. Bisher starre Fronten wurden hier aufgelöst. China, noch vor wenigen Jahren völlig durch die Kulturrevolution in Anspruch genommen und dadurch zwangsläufig isoliert, betrieb seinen Wiedereintritt in das Konzert der Grossmächte. Einen ersten Erfolg hatte es im Oktober 1971 buchen können, als es mit allen Rechten eines Mitgliedes in die UNO aufgenommen wurde.

Der amerikanische Präsident Nixon trug der neuen Lage Rechnung, indem er gegenüber der potentiellen Weltmacht eine Politik der Öffnung einleitete. Er stiess bei den Chinesen auf bereitwilliges Entgegenkommen. Mit einem amerikanisch-chinesischen Pingpong-Match fing es an, der Höhepunkt wurde mit dem am 21. Februar begonnenen mehrtägigen Besuch des amerikanischen Präsidenten in Peking erreicht. Ohne sich über die vorhandenen Gegensätze hinwegtäuschen zu wollen, scheint zwischen den beiden Mächten doch ein politisches Arrangement über ihre künftige Politik zustande gekommen zu sein, dem grosse Bedeutung für die Befriedung im pazifischen Raum beigemessen wurde. Die Abmachungen dürften auch den Krisenherd in Südostasien, Indochina berührt haben.

Nach dem Besuch im Reich der Mitte flog Nixon mit Gefolge am 22. Mai nach Moskau, um auch dort eine Staatsvisite zu machen, nicht nur um die durch den Chinabesuch verstimmten Russen zu beschwichtigen, sondern, um sein nun erhöhtes politisches Gewicht in die Waagschale friedlicher Koexistenz zu werfen. Die stillen Abmachungen, die dort getroffen wurden, werden sehr viel mit der gegenseitigen Abrüstung und den europäischen Problemen zu tun gehabt haben.

Für China bedeutete der amerikanische Präsidentenbesuch den Startschuss zu einem weltweiten Prestigegewinn und zu vermehrten Kontakten mit der Aussenwelt. In der Folge rissen die offiziellen Besuche europäischer Regierungs- und anderer Delegationen nicht ab. Es stand allseitig umworben plötzlich im Mittelpunkt der öffentlichen Beachtung.

Der Gegensatz zwischen den beiden kommunistischen Mächten, der Sowjetunion und China, blieb in voller Schärfe bestehen. An die Stelle des alten, lange Zeit die politische Lage beherrschenden Schemas eines Ost-West-Gegensatzes trat ein Dreieckverhältnis, in dem die USA gegenüber den beiden kommunistischen Mächten einen erheblichen Spielraum für die Friedenssicherung gewonnen hatte, womit die Gefahr von Spannungen, die einen Weltkrieg heraufbeschwören könnten, weitgehend gebannt schien.

Nichts konnte bei den amerikanischen Wählern besser ankommen, als eine solche Politik der Öffnung. Nixon, der das Entspannungskonzept durch Besuche in Japan, Persien und Polen ausbaute, konnte denn auch den innenpolitischen Erfolg seiner Taktik ernten. Er wurde am 7. November in glanzvoller Weise als Präsident der USA wiedergewählt. Der demokratische Gegenkandidat McGovern blieb an Stimmzahl weit hinter ihm zurück. Wie wenig ein Politiker sich jedoch auf momentane Erfolge verlassen kann, zeigt gerade dieser Sieg. Nur wenige Monate später flog der in Zusammenhang mit der Präsidentenwahl stehende Watergate-Skandal auf, der Nixon hart an die Grenze einer Regierungskrise führte und noch unberechenbare Auswirkungen haben kann.

Im Rahmen der Entspannungspolitik Nixons stand auch eine dramatische Wendung im Vietnamkonflikt. Die USA aus der Verstrickung in diesen mörderischen Krieg zu lösen, gehörte zu den Wahlversprechen des Präsidenten. Darauf hatte die Nixon-Verwaltung schon in der vorausgehenden Regierungszeit hingearbeitet. Es wurde die Vietnamisierung des Vietnamkonfliktes eingeleitet, in deren Verlauf die amerikanischen Bodentruppen in dem Masse abgezogen wurden als die Verteidigungskraft der südvietnamesischen Armee stieg. Die nordvietnamesische Frühjahrs-Offensive, die am 31. März begann, brachte wohl die üblichen Anfangserfolge, scheiterte dann aber am Widerstand der Truppen Thieus, die allerdings von den Amerikanern aus der Luft und vom Meer her stark unterstützt wurden. Der Hafen von Haiphong wurde von der amerikanischen Flotte am 9. Mai vermint und blockiert. Eine erhöhte Kampfkraft der südvietnamesischen Militärkräfte war jedoch, besonders in den Kämpfen um Quang Tri, nicht in Abrede zu stellen.

Der Preis für die positiven Ergebnisse der Gespräche Nixons in Peking und Moskau dürfte vor allem die amerikanische Zusicherung gewesen sein, in Ostasien keine expansiven Ziele zu verfolgen und in Vietnam lediglich einen ehrenhaften Rückzug der amerikanischen Truppen anzustreben. Für Nixon war es wichtig, noch vor den Präsidentschaftswahlen begründete Hoffnungen auf ein Ende des amerikanischen Engagements in Vietnam erwecken zu können. Hanoi zeigte sich zu Verhandlungen bereit, ohne jedoch den von General Giap stets vertretenen Grundsatz: „Verhandeln und kämpfen“ preiszugeben.

Die vorbereitenden Gespräche zwischen dem amerikanischen Präsidentenberater Henry Kissinger und dem Mitglied des nordvietnamesischen Politbüros, Le Duc Tho, dauerten in dramatischem Auf und Ab mit Unterbrechungen von Ende Januar an das ganze Jahr hindurch. Ein von Hanoi am 26. Oktober veröffentlichtes Neun-Punkte-Programm, über das in Paris angeblich eine Einigung erzielt worden war, wurde von Nixon Mitte-Dezember als unbefriedigend abgelehnt. Gleichzeitig ordnete er an, dass die im Herbst eingestellten Bombardierungen Nordvietnams „bis zum Abschluss eines Waffenstillstandes“ wieder aufzunehmen seien. Kurz nach Neujahr 1973 nahmen die beidseitigen Unterhändler ihre Besprechungen wieder auf. Die erlangten Fortschritte honorierte Nixon am 15. Januar mit der Weisung, alle Offensivangriffe gegen Nordvietnam sofort einzustellen. Wenige Tage später war das Waffenstillstandsabkommen über Vietnam perfekt. Der Waffenstillstand begann am 22. Februar, und am 3. März wurde die Schlussdeklaration der offiziellen Pariser Vietnamkonferenz unterzeichnet. Die teilnehmenden Mächte verpflichteten sich, den Waffenstillstand durchzuführen und eine politische Regelung des Vietnamproblems anzustreben. Nachdem am 29. März Nordvietnam und der Vietkong die amerikanischen Gefangenen freigegeben hatte, wurde das USA-Oberkommando in Südvietnam aufgelöst und die letzten amerikanischen Truppen verliessen das Land.

Damit war ein Krieg formell zu Ende, der einen grossen weltpolitischen Einfluss ausübte und der Rolle Amerikas als Weltgendarm einen endgültigen Schlusspunkt setzte. Die Waffenruhe in Indochina ist jedoch nicht eingekehrt. In Vietnam werden vom Vietkong und den Nordvietnamesen einerseits und den Truppe Thieus andererseits Positionskämpfe ausgefochten, in denen jede Partei versucht, für die kommende politische Regelung sich eine günstige Ausgangslage zu verschaffen. In Laos, für das am 20. Februar 1973 ebenfalls ein Waffenstillstand vereinbart wurde, und in Kambodscha dauern die Kämpfe ebenfalls an, im letzteren bis vor kurzem mit amerikanischer Luftunterstützung. Das Gebiet der ehemaligen französischen Kolonie Indochina wird noch lange ein Unruheherd bleiben, doch die Machtpolitischen Auseinandersetzungen der Grossmächte werden in ihm keinen Kristallisationspunkt mehr finden.

Bahnte sich so im fernen Osten im Jahre 1972 ein bedeutender Wandel in der politischen Lage an, kann man dies vom Nahostkonflikt nicht sagen. An der Suezfront unterblieben während des ganzen Jahres Kampfhandlungen, Der diplomatische „Krieg“ lief dagegen auf vollen Touren. Israel wäre geneigt gewesen, einem Abkommen, das die Wiederbenützung des Suez-Kanals gestatten würde, zuzustimmen, sofern sich die Ägypter zu direkten Verhandlungen herbeiliessen. Der ägyptische Staatspräsident Sadat wollte jedoch nichts von direkten Verhandlungen wissen und stellte für die Mitwirkung an einer beschränkten Wiederöffnung des Suezkanals Vorausbedingungen, die Israel, wohlwissend, dass es sich damit auf die schiefe Ebene sukzessiven Nachgebens begeben würde, ablehnte. So blieb es bei den erstarrten Fronten am Suez-Kanal.

Das Unvermögen, eine politische Lösung des Nahost-Konfliktes nach arabischem Muster herbeizuführen, setzte Sadat immer mehr dem Druck jener Offizierskreise aus, welche die Wiederaufnahme der Kämpfe gegen Israel forderten. Er kam ihnen mit wortreichen kriegerischen Reden gegen Israel entgegen, obwohl ihm klar sein musste, dass jeder Versuch, Israel anzugreifen, ohne massive russische Lieferungen von Offensivwaffen mit einer Niederlage enden würde. In einer Rede am 1. Mai erklärte der ägyptische Leader, er sei bereit, eine Million Menschen im Kampf gegen Israel zu opfern. Mit solchen und ähnlichen Ausbrüchen, in denen er immer wieder betonte, Ägypten habe sich definitiv für den Krieg entschieden, stiess Sadat indessen bei den Russen auf taube Ohren. Die Sowjetunion wollte es im Nahen Osten auf keinen Fall zu militärischen Eskalationen kommen lassen, die sie in die Gefahr einer direkten Konfrontation mit den USA bringen könnte. Möglicherweise war diese Haltung der Sowjets auch eine Frucht der Besprechungen, die Nixon in Moskau geführt hatte.

Am 18. Juli unternahm Sadat einen Coup. Er ersuchte die Sowjetunion, ihre in Ägypten stationierten Militärpersonen - es handelte sich um etwa 10'000 Mann - unverzüglich abzuziehen. Die russischen Instrukturen und Raketentechniker, die bei den ägyptischen Militärs nicht sonderlich beliebt waren, verliessen das Land. Was immer Sadat mit diesem brüskten Vorgehen beabsichtigt haben mochte, - vielleicht wollte er damit die USA seinen politischen Plänen zugänglicher machen - die Schockbehandlung liess die Russen punkto Waffenlieferungen nicht anderen Sinnes werden. Das Einvernehmen zwischen Ägypten und der Sowjetunion wurde zwar in der Folge notdürftig wieder hergestellt, doch brennt die ägyptisch-russische Freundschaft seither nur noch auf kleiner Flamme.

Dazu trug auch der engere Schulterschluss bei, den Sadat mit dem libyschen Staatschef Ghadafi vollzogen hatte. Am 2. August verkündeten die beiden Staatschefs, ihre Länder zu einem einzigen Staat vereinigen zu wollen. So bildete Ägypten im sowjetischen Nahostkonzept eine unsichere Grösse, dies umso mehr, als der fanatische Moslem Ghadafi dem russischen Einfluss eindeutig feindlich gesinnt ist. Die Sowjetunion verstärkte dagegen die Bindung an Syrien und an den Irak und gewährte dort vermehrte Hilfe. Syrien übernahm zusehends die aggressive Rolle gegenüber Israel. Auf den Golanhöhen spielte sich ein Kleinkrieg mit begrenzten Aktionen ab, bei denen die Israeli den Syriern zumeist empfindliche Niederlagen beibrachten. Die mangelnde Unterstützung durch die anderen arabischen Staaten veranlasste Syrien gegen Jahresende, mit dem Austritt aus der Arabischen Föderation zu drohen.

Eine isolierte Stellung im Nahostkonflikt nahm König Hussein von Jordanien ein. Trotz politischen Morden, Putsch- und Attentatsversuchen seiner arabischen Freunde gelang es ihm dank seiner erstaunlichen equilibristischen Taktik an der Macht zu bleiben. Mit dem Verlust Transjordaniens ist er schliesslich der Hauptleidtragende des Sechstagekrieges von 1967. Ihm müsste vor allem daran gelegen sein, mit den Israeli zu einer Verständigung zu kommen, wenn ihn nicht die Furcht, in der ganzern arabischen Welt als Verräter verschrien und bekämpft zu werden, davon abhalten würde. In der letzten Zeit gab es Gerüchte über Gespräche Husseins mit Golda Meir, doch wurde dies natürlich sofort dementiert.

Die spektakulärsten aber nicht die politisch bedeutsamsten Ereignisse lieferten die Terrorakte der palästinensischen Untergrundorganisationen, die in Syrien neue Stützpunkte fanden, nachdem sie durch die Vergeltungsschläge der Israeli grösstenteils aus Libanon vertrieben worden waren. Mitglieder der Terroristenorganisation „Schwarzer September“ massakrierten am 6. September in München die israelische Olympiademannschaft, ein Verbrechen, das in besonderem Masse den Abscheu der Weltöffentlichkeit erregte. Am 30. Mai hatten gedungene japanische Terroristen im Flughafen von Tel Aviv ein Blutbad angerichtet. Mit einer weiteren Flugzeugentführung und Geiselnahme am 29. Oktober erwirkten die Palästinenser die Freilassung der drei überlebenden Münchner Attentäter durch die Bundesrepublik. Gegenüber diesen Terrorakten erliess die UNO ohnmächtige Proteste, eine internationale Vereinbarung, die der Luftpiraterie das Handwerk endgültig legen würde, kam nicht zustande. Israel seinerseits lehnte in verschiedenen Fällen ein Einsehen auf die Forderungen der Terroristen ab. So wurde am 8. Mai eine gekaperte belgische Maschine im Flughafen von Tel Aviv von israelischen Polizei gestürmt und die Terroristen erschossen oder gefangen genommen.

Der Nahostkonflikt blieb daher auch im Jahre 1973 ein Krisenherd, von dem man nicht weiss, welche bösen Überraschungen er noch zeitigen wird. Der stärkste Verbündete Israels ist die arabische Uneinigkeit; das stärkste Hindernis, das die Grossmächte davon abhält, das durch die UNO-Satzung verbrieft Recht Israels auf freie Existenz und Sicherheit zur Anerkennung zu verhelfen, sind die Ölinteressen im Nahen Osten und in Nordafrika, denen zuliebe das gute Einvernehmen mit den arabischen Staaten nicht aufs Spiel gesetzt werden darf. Israel bietet in dieser prekären Situation das Beispiel eines kleinen Volkes, das sich mit unerhörten Opfern und mit einer unerschütterlichen geistigen Festigkeit seines Daseinsrechtes wehrt.

Spielten sich die grossen weltpolitischen Entscheidungen seit Jahren im pazifischen Raum ab, so bahnte sich 1972 eine Entwicklung an, die verspricht, Europa aus der Rolle eines weltpolitischen Anhängsels zu befreien und ihm den Weg zu neuer Weltgeltung zu eröffnen. Es sind zwei Tendenzen, die hier zusammenwirkten. Auf der einen Seite stand das Bestreben der Sowjetunion, sich im Westen Rückendeckung zu verschaffen. Dies bedeutete, dass der bisher unfruchtbare Gegensatz in der Deutschlandfrage gelockert und in ein praktikableres Verhältnis übergeführt werden musste. Die Frucht einer solchen Annäherung sollte in einer Europäischen Friedenskonferenz Gestalt gewinnen. Die andere Tendenz lag in der Wachstumsdynamik der EWG, die zu einer bedeutenden Erweiterung der „Europäischen Gemeinschaft“ führte. Auch hier wurden also bisher starre Fronten durchbrochen.

In der deutschen Ostpolitik unternahm die Regierung Brandt das kühne Wagnis, einen neuen Kurs einzuschlagen. Sie stellte das Verhältnis Westdeutschlands zu seinen östlichen Nachbarn durch Verträge mit Polen und der Sowjetunion sowie durch einen Verkehrsvertrag mit der DDR auf eine neue Grundlage. Der Preis für diese Abmachungen war der endgültige Verzicht auf die ehemals deutschen Gebiete im Osten und die Anerkennung des gegenwärtigen Zustandes. Der westdeutsche Bundestag ratifizierte die Verträge, allerdings ohne die Zustimmung der christlichdemokratischen Opposition, die sich der Stimme enthielt.

Das Problem Berlin wurde durch ein neues Abkommen der vier Mächte (USA, Grossbritannien, Frankreich, Sowjetunion) etwas entschärft; doch die Trennung Berlins durch die Mauer, dieses barbarische Monstrum, blieb weiter bestehen. Mitte August schliesslich wurden die Verhandlungen über einen Grundvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten aufgenommen, die gegenseitigen Beziehungen auf völkerrechtlicher Basis im Sinne der Gleichberechtigung - verbunden mit einem Gewaltverzicht - regeln sollte. Dieses Vertragswerk, das im Verhältnis der beiden Deutschland eine neue Epoche eröffnet, wurde 21. Dezember paraphiert.

Die realistische Politik der Regierung Brandt stiess im eigenen Land auf starke Anfechtung. Die christlichdemokratische Opposition glaubte, die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Ostpolitik sowie mit der durch Inflation gekennzeichneten wirtschaftlichen Entwicklung sei genügend angewachsen, um einen Machtkampf riskieren zu können. Bei den äusserst knappen Mehrheitsverhältnissen im Bundestag setzte sie ein Nein auf die Vertrauensfrage Brandts durch. Die auf den 17. November angesetzten Neuwahlen für den Bundestag brachten der sozialdemokratisch-liberalen Koalition mit der Kanzlerschaft Brandts einen klaren und deutlichen Sieg. Damit hatte die Ostpolitik der Regierung auch die Sanktion des Volkes gefunden.

Noch Ende November trat in Helsinki die Vorkonferenz für die Europäische Sicherheitskonferenz zusammen. An dieser Konferenz werden sich auch die USA und Kanada beteiligen. Das Ziel liegt in einer politischen Konsolidierung Europas, an der die Sowjetunion schon wegen der Lage ihrer Satellitenstaaten

interessiert ist. Soll die kommende Europäische Sicherheitskonferenz einen Fortschritt für Europa bedeuten, so müssen die auszuhandelnden gegenseitigen Sicherheitsgarantien von wirklichem Wert sein, d.h. sie müssen zum mindesten von einer entsprechenden Herabsetzung der Rüstungen begleitet sein, der den Westen von jeder möglichen Bedrohung durch die sowjetische Militärmacht befreit. Würde es gelingen, die Sowjetunion zu Zugeständnissen zu veranlassen, die jede Behinderung der freien Entfaltung des Westens - politisch und wirtschaftlich - ausschliessen, so könnte man wirklich vom Beginn einer neuen Ära sprechen. So hoch diese Erwartungen gespannt sind, werden sie von einem harten Realismus begleitet sein müssen, wenn die Sicherheitskonferenz nicht nur einer Scheinsicherheit und einseitig den Interessen der Sowjetunion an der Sicherung nach Westen dienen sollte.

Einen entscheidenden Schritt vollzog die EWG mit der Aufnahme der drei Staaten Grossbritannien, Irland und Dänemark. Norwegen, das ebenfalls beitreten wollte, musste davon absehen, da eine zustimmende Mehrheit in der Volksabstimmung über den Beitrittsvertrag nicht zustande kam. Auf den 1. Januar 1973 war die zur Neunergemeinschaft gewordene EWG perfekt. Gleichzeitig traten auch die Freihandelsverträge mit den nichtbeitrittswilligen EFTA-Staaten, zu denen auch unser Land gehört, in Kraft, so dass nun die erweiterte EWG zusammen mit ihren Freihandelspartnern eine potentielle wirtschaftliche und finanzielle Macht darstellt, wie sie sonst nirgends in der Welt besteht. Vieles scheint vorläufig jedoch mehr Verheissung als Realität zu sein. Von der Art und Weise, wie die Nationalismen überwunden und durch den Willen zu einer echten, föderalistischen Zusammenarbeit ersetzt werden, hängt es ab, ob Europa zu einem Weltfaktor wird, der dem Fortschritt in Richtung Frieden und Freiheit neue Impulse geben kann.

Ein Blick auf das übrige politische Geschehen in der Welt zeigt, dass die Kräfte der Gewaltherrschaft, des Rassenhasses, des sozialen Unfriedens, der Unterdrückung und der Ausbeutung vielerorts nach wie vor stark sind und in zahlreichen Ländern immer wieder Unruhen auflodern liessen. Der Bürgerkrieg in Ostpakistan wurde zwar beendet und die staatliche Unabhängigkeit Bangla Deshs anerkannt, doch ist weder die Gefangenenfrage noch jene des Schutzes der Musleminderheiten bis jetzt befriedigend gelöst. In Uganda hat der mit diktatorischer Gewalt regierende General Amin die Asiaten, hauptsächlich Inder, des Landes verwiesen, sie ihrer Güter beraubt und erst noch einer unmenschlichen Behandlung ausgesetzt. Im benachbarten Burundi schlug die herrschende Schicht Ende April einen Aufstand der Hutu blutig nieder, wobei 150'000 Menschen getötet worden sein sollen. In Rhodesien und in Südafrika dauern die ungelösten Rassenprobleme an. In Europa liefert Irland mit seinem schwelenden Bürgerkrieg ein erschreckendes Beispiel von Terror und Fanatismus, während in Jugoslawien im Herbst mit Hilfe einer Parteisäuberung versucht wurde, die sich seit einiger Zeit immer stärker regenden regionalen oppositionellen Strömungen zu unterdrücken.

Andererseits fehlt es auch nicht an erfreulichen Entwicklungen. So kamen Nord- und Südkorea am 4. Juli überein, die nationalen Bindungen unter sich wieder herzustellen. In Australien und in Neuseeland gelangte die Labourpartei von neuem an die Macht und in anderen Ländern - so in Finnland, Kanada und in den Niederlanden - vermochten die demokratischen Linksparteien ihre Position zu stärken.

Inmitten der von Gegensätzen zerrissenen Welt bildeten die Erfolge der Weltraumfahrt leuchtende Beispiele wissenschaftlicher und technischer Zusammenarbeit. Die USA beendeten mit zwei Mondlandungen - Apollo 16, Mitte April und Apollo 17, anfangs Dezember - ihr Mondforschungsprogramm, während eine sowjetische Sonde am 22. Juli weich auf dem Planeten Venus aufsetzte.

Das Jahr 1972 hat einiges in Bewegung gebracht. Wenn sich die positiven Entwicklungen aber gegen den Glauben an die Gewalt, den blinden Parteihass, gegen die Mächte der Unterdrückung und das kurzsichtige Streben nach momentanen Vorteilen durchsetzen sollen, werden weiter beharrliche und grosse Anstrengungen der gutwilligen Kräfte nötig sein.

SMUV Schweiz. Geschäftsbericht 1972.

SMUV Schweiz > Aussenpolitik. SMUV. Geschäftsbericht 1972